

SPERRFRIST: 1. Mai 2013, 11.15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Nikolaus Landgraf
DGB-Landesvorsitzender

Rede

1. Mai 2013
„Gute Arbeit, sichere Rente, soziales
Europa“

Nagold, 1. Mai 2013

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

morgen ist es 80 Jahre her: Am 2. Mai 1933 besetzten und verwüsteten SA-Kommandos im ganzen Land die Gewerkschaftshäuser. Das war das Ende der freien Gewerkschaften.

Unsere Geschichte verpflichtet uns, Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz konsequent zu bekämpfen.

Ahmet und Sophia, Paolo und Janis, Alfonso oder Marina – so unterschiedlich sie sein mögen, als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sie die gleichen Interessen!

In der Gewerkschaft haben alle eine Heimat. Für uns ist Solidarität kein Lippenbekenntnis!

Auch der Schutz unserer Verfassung darf kein Lippenbekenntnis sein. Unsere Verfassungsschützer und Politiker müssen endlich auch ihr rechtes Auge weit aufmachen!

Wir fordern: Die NPD und andere neonazistische Gruppen müssen verboten werden!

Heute ist unser Tag.
Heute treten wir ein für unsere Ziele:

Gute Arbeit, sichere Renten, ein soziales Europa und die Finanzierung eines handlungsfähigen Staats.

Gute Arbeit verdient auch gute Bezahlung.

Die Metaller fordern 5,5 Prozent für zwölf Monate – das ist wahrhaftig nicht zuviel!

Die Arbeitgeber bieten 1,9 Prozent. Das ist eine Unverschämtheit! Wer Streit haben will, kann ihn haben! Schon ab morgen!

Die IG Metall hat mit ihrem Slogan „Plus für uns – Plus für alle“ den Nagel auf den Kopf getroffen: Die Beschäftigten brauchen mehr Geld. Und die Binnenkonjunktur braucht mehr Nachfrage.

Auch im Handel läuft die Tarifrunde. Die Beschäftigten dort verdienen viel weniger als in der Metall- und Elektroindustrie, viel zu wenig!

Die Arbeitgeber haben bundesweit sämtliche Einkommens- und Manteltarifverträge gekündigt.

Eine Sauerei ist das! Ich bin sicher: Ihr lasst euch das nicht bieten!

Es geht um Angriffe auf unseren Lebensstandard. Das ist Klassenkampf von oben!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich von ihrem Lohn heute weniger kaufen als im Jahr 2000. Die Kaufkraft ist in diesem langen Zeitraum um fast 2 Prozent gesunken.

Dafür haben wir mehr gearbeitet, mehr produziert und den gesellschaftlichen Reichtum vermehrt! Und was haben wir davon?

Wir laufen wie in einem Hamsterrad und kommen doch nicht recht vom Fleck. Wir bestellen das Feld und mit den Früchten machen sich andere vom Acker. Das ist doch empörend!

Gute Leute verdienen gutes Geld für gute Arbeit!

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass wir das auch bekommen! Mit der Kraft der Solidarität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ob Kraftfahrzeugmechatronikerin oder Verkäufer, Polizistin oder Erzieher. Ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst:

Ihr alle habt ein Recht auf gute Arbeit – auf anständige Löhne, einen sicheren Arbeitsplatz, gesunde Arbeitsbedingungen, familienverträgliche Arbeitszeiten, Mitbestimmung und Wertschätzung.

Unser DGB-Index Gute Arbeit zeigt: Von einem „Gut“ sind wir weit entfernt!

Wir wollen eine menschlichere Arbeitswelt! Dafür brauchen wir gesetzliche Leitplanken, gute Tarifverträge und starke Interessenvertretungen. Es darf nicht alles dem Markt überlassen bleiben!

Wie ein Krebsgeschwür haben sich Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs und Befristungen ausgebreitet. Wir haben Niedriglöhne in einem Ausmaß wie sonst nirgendwo in Europa. Und die Arbeit wird immer stressiger.

Diesen Trend müssen wir umkehren!

Die Leiharbeit muss so reguliert und beschränkt werden, dass sie wieder zur Ausnahme wird und nicht normale Arbeit verdrängt. Unser Ziel heißt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“!

Die Politik muss auch dem massenhaften Missbrauch mit Werkverträgen endlich einen Riegel vorschieben! Mit dieser modernen Tagelöhnerlei muss Schluss sein!

Schindluder wird auch mit den Minijobs getrieben. Die geringfügige Beschäftigung in Baden-Württemberg hat in den letzten zehn Jahren um 35 Prozent zugenommen. In Baden-Württemberg gibt es davon weit über 1 Million. Jede dritte berufstätige Frau im Land ist eine Minijobberin.

Arbeit muss von der ersten Stunde an sozialversicherungspflichtig sein. Der Sonderstatus der Minijobs muss aufgehoben werden!

Zu guter Arbeit gehört, dass ich davon auch anständig leben kann.

Sieben Milliarden kostet uns das Aufstocken von Hungerlöhnen auf Hartz-IV-Niveau. Das sind sieben Milliarden Subventionen für die Arbeitgeber. Das sind sieben Milliarden zuviel!

Was ist das für eine Gesellschaft, in der die Zahl der arbeitenden Armen immer größer wird! Armut trotz Arbeit darf es in diesem reichen Land nicht geben!

Das sogenannte „deutsche Beschäftigungswunder“ bekommt bei näherem Hinsehen ein hässliches Gesicht: Die Wahrheit ist: Wir haben gar nicht mehr Arbeit. Die Arbeit ist nur auf mehr Köpfe verteilt worden.

Wir haben schlechter bezahlte, unsichere Arbeit, Armut und Ausgrenzung. Die Agenda 2010 lässt grüßen!

Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis – wir wollen gute Arbeit!

Gute Arbeit – das bedeutet auch: Schluss mit der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen! Das bedeutet gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt statt prekärer Jobs. Das bedeutet eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung, damit Familie und Beruf besser vereinbar sind.

Und wir fordern endlich eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen – jetzt, nicht zum St. Nimmerleinstag, Frau Merkel!

Bildung ist unser Rohstoff. Nichts kommt uns teurer zu stehen als bei der Bildung zu sparen!

Mit der Bildungsreform hat die Landesregierung die Weichen für mehr Bildungschancen gestellt. Gut so!

Leider hat Grün-Rot auch Lehrerstellen gestrichen und den Lehrern ein Jahr

Wartezeit für die nächste Gehaltserhöhung verordnet. Das passt nicht zusammen. Arbeitsbedingungen und Bezahlung müssen auch stimmen!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind keine Melkkühe. Die Landesregierung muss das endlich begreifen! Wir fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst auf alle Beamtinnen und Beamten!

Wir verlangen von der Landesregierung auch, dass sie bald ein Gesetz mit bezahlten Freistellungsansprüchen für die Weiterbildung vorlegt – früher hätte man Bildungsurlaub gesagt. Das gibt es in anderen Bundesländern. Das wollen wir endlich auch bei uns!

Zu guter Arbeit gehört eine qualifizierte Ausbildung.

Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe befindet sich auf einem historischen Tiefstand.

Wer nicht ausbildet, der hat kein Recht, über den Fachkräftemangel zu jammern. Den Arbeitgebern rufe ich zu: Bilden Sie aus und übernehmen Sie Ihre Ausgebildeten, dann haben Sie ihre Fachkräfte!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Viele Menschen in unserem Land kommen nur mehr schlecht als recht über die Runden. Die Armut wächst, der Reichtum auch.

Wirtschaftsminister Rösler hat den Armuts- und Reichtumsbericht skandalös geschönt. Armut beseitigt diese Bundesregierung mit dem Rotstift!

Der FDP-Vorsitzende behauptet gar, es gehe uns so gut wie nie. Wer ist „uns“? Da muss er was übersehen haben - frei nach dem Motto von Pippi Langstrumpf: „Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt!“

Ich wünsche solchen Politikern, dass sie einmal nicht von ihren Diäten und Nebeneinkünften, sondern von Löhnen unter 8,50 Euro oder von Hartz IV leben müssen! Dann würden sie anders reden!

In Westdeutschland verdienen 12 Prozent der Beschäftigten unter 8,50 € brutto. Das ist unwürdig! Es wird höchste Zeit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro! Jetzt bei den Friseuren, bald für alle!

Leider werden Mindestlöhne viel zu oft noch unterlaufen. Wir brauchen deshalb nicht nur Mindestlöhne, sondern auch mehr Kontrollen!

Die CDU will gar keinen gesetzlichen Mindestlohn. Ich sage: Wir wollen keine

neue Bundesregierung, die diesen nicht endlich durchsetzt!

Ich bin froh, dass Grün-Rot jetzt in Baden-Württemberg ein Tariftreuegesetz verabschiedet hat. Wer Aufträge vom Land will, muss mindestens 8,50 Euro zahlen. Das ist ein Erfolg der Gewerkschaften! Lohndumping mit Steuergeldern darf es nicht geben!

Unten stimmt die Bezahlung nicht, aber ganz oben stimmt sie erst recht nicht mehr.

Der Vorstandsvorsitzende kann doch nicht 200mal so viel leisten wie ein Facharbeiter. Die Maßstäbe bei der Bewertung von Arbeit müssen wieder zurechtgerückt werden! Schluss mit der Selbstbedienungsmentalität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Armut und Niedriglöhne sind nicht nur heute ein Problem. Niedrige Löhne sind auch Gift für einen sozial abgesicherten, sorgenfreien, Ruhestand.

Wenn wir nicht entschieden gegensteuern, droht uns Altersarmut in großem Ausmaß! Das dürfen wir nicht zulassen!

Dafür brauchen wir gute Arbeit und gute Löhne. Und dafür brauchen wir eine andere Rentenpolitik. An beiden Stellschrauben

müssen wir drehen, wenn wir von unserem Ruhestand auch etwas haben wollen.

Armut ist kein Schicksal, sie wird politisch gemacht. Die politisch gewollten massiven Rentenkürzungen auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 müssen zurückgenommen werden!

Nach einem langen Arbeitsleben verdienen wir eine anständige Rente! Rente muss zum Leben reichen!

Die Rente mit 67 ist noch gar nicht durch, da werden schon Stimmen laut, das Rentenalter auf 69 oder mehr zu erhöhen. Opi fährt im Rollstuhl zur Arbeit – das wär's doch, oder? Politiker, die so etwas wollen, sollen in Rente gehen!

Nein, statt das Rentenalter raufzusetzen, müssen wir dafür sorgen, dass mehr Menschen heute überhaupt – und vor allem gesund - in Rente gehen können. Dafür brauchen wir mehr betriebliche Gesundheitsprävention und eine Antistressverordnung!

Und wir brauchen faire und passgenaue Bedingungen für den Ausstieg aus dem Erwerbsleben – eine Mindestrente, Altersteilzeit, eine verbesserte Erwerbsunfähigkeitsrente.

Eine neue Bundesregierung muss auch eine neue Rentenpolitik betreiben! Nicht für

die Versicherungskonzerne, nicht für die Arbeitgeber, sondern für uns alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in Europa brauchen wir eine bessere, sozialere, Politik!

Ach Europa, denken manche jetzt bestimmt.

Sind es nicht vor allem die anderen, die schuld sind an der Krise in Europa? Sind nicht wir es, die den Karren aus dem Dreck ziehen?

Wenn es so einfach wäre!

Auch wenn es so scheint: Wir unterstützen nicht die Griechen, die Zyperer oder die Spanier. Wir unterstützen die Banken – und zuvorderst unsere eigenen, damit die ihre Kredite an diese Länder nicht abschreiben müssen.

Zugespitzt formuliert: Die Armen von Athen bezahlen die Rettung der Banken in Deutschland. Das geht doch nicht! Die Banken und die Reichen sollen den Schlamassel, den sie angerichtet haben, selber bezahlen!

Natürlich gibt es in den Krisenländern Europas auch genug hausgemachte Ursachen. Da ist einiges schief gelaufen.

Aber auch Deutschland hat mit niedrigen Lohnstückkosten zur Krise beigetragen.

Deutsche Exporterfolge sind die Schulden der anderen.

Mit dem Euro hat das nichts zu tun. Am Euro hängen bei uns viele Arbeitsplätze. Es ist dumm, ihn schlecht zu reden!

Wir werden die Krise gemeinsam bekämpfen müssen oder ein Land nach dem anderen wird von den Finanzmärkten sturmreif geschossen.

Es muss Schluss sein mit der rigorosen Sparpolitik auf dem Rücken der Menschen in Europa. Kein Land kommt von den Schulden runter, wenn gleichzeitig die Wirtschaft abstürzt und die Einnahmen wegbrechen. Das kann nicht gut gehen!

Diese Politik schadet früher oder später auch uns. Wir können nicht auf einer Insel der Seligen leben, wenn es unseren Nachbarn schlecht geht!

Der DGB fordert einen Marshallplan für Europa - für mehr Investitionen, Wachstum und neue Jobs. Das Geld dafür wollen wir den Spekulanten nehmen, indem wir ihre Geschäfte besteuern.

Es gibt Alternativen zu Merkels Spardiktat. Das fordern auch immer mehr internationale Ökonomen – nur unsere Zunft hält stur an falschen Rezepten fest!

In vielen Ländern gehen die Menschen gegen die Sparpolitik auf die Barrikaden, in den letzten Monaten und heute am 1. Mai. Sie wollen nicht die Rechnung bezahlen, die ihnen die Politik im Zusammenspiel mit der Finanzbranche präsentiert. Recht haben sie!

Schwarz-Gelb ist mit den Banken solidarisch. Wir sind solidarisch mit den Menschen in den Krisenländern!

Unser Europa ist nicht das Europa der Konzerne, der Banken und der Bürokraten. Unser Europa muss ein soziales und demokratisches Europa sein. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Marktgläubigkeit der letzten Jahrzehnte und die Finanzkrise hat den Staat in Deutschland und noch mehr in anderen Ländern an den Rand seiner finanziellen Handlungsfähigkeit gebracht.

Steuergeschenke für Hotels, Vermögende und Spitzenverdiener sowie erhebliche Steuersenkungen für Unternehmen haben zu einer chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand geführt.

Die Schuldenbremse verschärft den Zwang, bei öffentlichen Ausgaben zu kürzen.

Was tun?

Geld ist in Deutschland mehr als genug vorhanden. Aber es ist extrem ungleich verteilt. Die reichsten 10 Prozent verfügen über 67 Prozent des Gesamtvermögens.

Reichtum ist wie Mist: Auf einem Haufen stinkt er, gut verteilt bringt er das Land zum Blühen!

Die öffentlichen Haushalte brauchen mehr Einnahmen – für eine moderne Verkehrsinfrastruktur, einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, Bildung, sozialen Wohnungsbau, die Energiewende und andere wichtige öffentliche Aufgaben.

Wir wollen eine einmalige Vermögensabgabe – wie es dies nach dem Krieg in Form des Lastenausgleichs schon einmal gab.

Wir wollen, dass die Vermögensteuer wieder eingeführt wird.

Wir wollen, dass der Spitzensteuersatz wieder angehoben wird.

Wir wollen, dass große Erbschaften und Unternehmensgewinne gerechter besteuert werden.

Und wir fordern endlich einen effektiven Steuervollzug – in Griechenland wie in Deutschland!

Es muss aufhören, dass nur die Kleinen Steuern zahlen, während andere ihr Geld am Fiskus vorbei schleusen und in Steueroasen verstecken.

Und das Ganze ist bei Selbstanzeige noch straffrei. Dieses Sonderrecht für Gutbetuchte gehört abgeschafft!

Besonders unappetitlich wird es dann, wenn sie – wie Bayern-Präsident Uli Hoeneß – öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein saufen!

Vergessen dürfen wir aber nicht: Es gibt viele ganz legale Möglichkeiten für Unternehmen und Reiche, ihre Steuerpflicht zu umgehen. Auch das müssen wir ändern!

Wir werden uns im Bundestagswahlkampf für unsere Themen stark machen:

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Mehr Geld für öffentliche Aufgaben.

Lasst uns gemeinsam für einen Politikwechsel werben und kämpfen.

Unser Land und wir alle haben eine bessere Politik verdient!